
Zwischenergebnisse der Koalitionsverhandlungen

Zentrale Kritikpunkte und Lichtblicke

Zentrale Kritikpunkte

Energie und Klima

- Keine explizite Aussage, wie die Klimaziele in den verschiedenen Sektoren erreicht werden sollen
- Stromkostenentlastungen für die gesamte Industrie mit der Gießkanne und wenig zielgerichtet – das wird teuer (Absenkung der Stromsteuer, Senkung der Netznutzungsentgelte)
- Union möchte Flächenziele für Windenergieausbau in den Ländern abschaffen und in ein Ökostromziel umwandeln, das würde den Druck aus dem Ausbau nehmen
- Gesetzespaket für CCS und CCU droht echten Klimaschutz zu verhindern, Union möchte das für die gesamte Industrie und auch Gaskraftwerke öffnen
- Die vorgeschlagene Grüngasquote ist geeignet für die Industrie, aber ungeeignet für Haushalte, weil so viel Biogas / Wasserstoff nicht zur Verfügung stehen wird, teuer ist und deshalb für die Industrie priorisiert werden muss
- Forderung der Union nach Abschaffung des naturschutzrechtlichen Ausgleichs für Energiewendeprojekte ist unakzeptabel
- Biogasanlagen sollen auch wärmegeführt gefördert werden. Hier sollte der Fokus auf die Stromerzeugung in Zeiten liegen, in denen Wind und Sonne fehlen; Ausbau der Bioenergie muss auf ein nachhaltiges Maß begrenzt werden
- Auch über das KWK-Gesetz sollen weiter fossile Kraftwerke (Gaskraftwerke) gefördert werden. Eigentlich sollte die Subventionierung fossiler Kraftwerke auslaufen.
- Union verbeißt sich in die Atomkraft und möchte daran festhalten: Forschung an Small Modular Reactors und Fusionskraftwerken. Die Union möchte prüfen, ob stillgelegte Atomkraftwerke wieder in Betrieb genommen werden (SPD bei allen Punkten dagegen)
- Der Fokus beim Klimaschutz liegt ausschließlich auf CO₂-Emissionen. Methan wird komplett ausgeblendet, obwohl es einen wesentlichen Beitrag zur Klimaerwärmung leistet. Der Großteil der Methanemissionen stammt aus der Nutztierhaltung. Es braucht konkrete Minderungsziele und Maßnahmen zur Methanreduktion, insbesondere durch eine Reduktion der intensiven Tierhaltung und die Kopplung der Tierzahlen an die Fläche.

Gebäude und Wärme

- Weiter Fokus auf Neubau, obwohl Sanierung des Bestands im Mittelpunkt stehen sollte (z.B. durch Einführung eines Wohnungsbau-Turbos, Beschleunigung)
- Auch bei Förderpolitik Fokus auf Neubau, auch hier sollte der Fokus auf Sanierung des Bestands liegen
- Anstatt Abrisse zu vermeiden und bestehende Gebäude zu sanieren oder umzubauen, wird auf ressourcenintensiven Neubau gesetzt. Abrisse müssen zur Ausnahme werden und Sanierung und Umnutzung Vorrang haben. Um die Klimawirkung einer Maßnahme realistisch zu bewerten, müssen die CO₂-Emissionen des abgerissenen Gebäudes in die Lebenszyklusbewertung eines Ersatzneubaus einfließen.

Verkehr

- Das Tempolimit ist der einzige offene Punkt in der AG Verkehr. Die künftige Bundesregierung braucht das Tempolimit, um die Klimaziele im Verkehr einzuhalten und das selbstgesetzte Ziel der Vision Zero zu erreichen.
- Das Vorhaben, geschlossene Finanzungskreisläufe für die Verkehrsträger einzuführen, ist ein verkehrspolitischer Rückfall in die 60er Jahre. Es darf nicht sein, dass viel Straßenverkehr zu noch mehr Straßenverkehr führt. Teile der Einnahmen aus dem Straßenverkehr müssen weiterhin für die Verlagerung von Verkehr zum Beispiel auf die Schiene verwendet werden.
- Die Bundesregierung muss klimaschädliche Subventionen wie das Dienstwagen- oder das Dieselpri-
vileg endlich abschaffen. Mit einer geplanten Erhöhung der Pendlerpauschale ist jedoch das Gegen-
teil vorgesehen. Statt über pauschale Kaufprämien für Elektrofahrzeuge nachzudenken, muss ein
wirksames Bonus-Malus-System eingeführt werden, das den Kauf von kleinen und sparsamen Elekt-
roautos fördert und klimaschädliche Verbrennerautos mit hohen Steuern insbesondere bei der Erst-
zulassung belegt.
- Die künftige Bundesregierung möchte sich für eine Förderung von Plug-in-Hybrid Fahrzeugen einsetzen, obwohl deren CO₂-Emissionen bis zu viermal höher sind, als von den Herstellern angegeben.
- Das Thema Verkehrslärm wird gänzlich ignoriert – und das obwohl in Deutschland mehr als 16 Milli-
onen Menschen Lärmpegeln ausgesetzt sind, die nachweislich ein Gesundheitsrisiko darstellen.
- Zur Luftreinhaltung gibt es keinerlei Pläne außer die Umsetzung Europäischer Gesetze, die sowieso
umgesetzt werden müssen. Es fehlt jegliche Strategie, um den Ausstoß von Stickstoffdioxid aus dem
Verkehr und von Feinstaub aus der Holzverbrennung zu reduzieren. Im Jahr 2030 gelten neue, deut-
lich strengere Luftqualitätsgrenzwerte. Ohne Bundespolitische Rahmenbedingungen um Emissionen
zu reduzieren, werden die Städte wieder allein gelassen und es drohen wieder Grenzwertüber-
schreitungen und Klagen auf Saubere Luft.
- Der Einsatz von eFuels und Agrokraftstoffe soll gefördert werden, in bestimmten Einsatzgebieten
wie der Land- und Forstwirtschaft soll der Einsatz von der Energiesteuer befreit werden. E-Fuels sind
keine Lösung zur Dekarbonisierung des Straßenverkehrs und Agrokraftstoffe sind durch die Um-
wandlung von natürlichen Ökosystemen in Ackerflächen eine Katastrophe für das Klima.
- Im Bereich der städtischen Mobilität sind die Zwischenergebnisse eine absolute Blackbox, hier fin-
den sich lediglich Floskeln. Eine weitere Reform des Straßenverkehrsrechts ist notwendig, um die
Zahl der Verkehrstoten zu senken und die Klimaziele zu erreichen.
- Das Deutschlandticket soll Jahr für Jahr teurer und damit für immer mehr Menschen unerschwing-
lich und unattraktiv werden.

- Fliegen soll billiger werden, Regionalflughäfen sollen gefördert werden. Angesichts der fehlenden Perspektive zur Dekarbonisierung im Flugverkehr ist dies klimapolitischer Irrsinn.

Naturschutz

- Die Abschwächung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gefährdet den Naturschutz. Umweltprüfungen müssen gestärkt, nicht geschwächt werden. *(CDU Vorschlag noch in Klammern)*
- Entfall des naturschutzrechtlichen Ausgleichs bei bestimmten Eingriffen: Ohne einen verpflichtenden ökologischen Ausgleich können Eingriffe wie Bodenversiegelung, Baggerarbeiten oder der Bau neuer Anlagen langfristige negative Auswirkungen auf Ökosysteme haben – in Zeiten von Arten- und Klimakrise mit prognostizierter Wasserknappheit ein völlig falscher Ansatz. *(CDU Vorschlag noch in Klammern)*
- Die geplante Streichung der Stoffstrombilanz aus dem Düngerecht widerspricht dem Grundwasserschutz und dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom März 2025, das mehr politisches Handeln fordert gegen überhöhte Nitratbelastungen. Dies ist ein Rückschritt Richtung Intransparenz bei der Massentierhaltung. Die Bundesregierung riskiert damit steigende Wasserpreise für Verbraucherinnen und Verbraucher. Steuerzahlenden drohen teure Strafzahlungen an die EU wegen Vertragsverletzung beim Grundwasserschutz.
- Die Ablehnung eines ‚Totalverbots‘ von PFAS ist irreführend (es geht de facto um ein differenziertes Beschränkungsverfahren mit Ausnahmen und Übergangsregelungen) und schwächt die Staatengemeinde, die sich derzeit für ein Verbot von Stoffgruppen einsetzt. Die sogenannten Ewigkeitschemikalien sind nach bisherigem Wissensstand krebserregend, nicht mehr abbaubar und damit irreversibel in unseren Ökosystemen.

Kreislaufwirtschaft

- Ressourcenschutz und Kreislaufwirtschaft finden kaum Beachtung: Die Ausführungen im Arbeitspapier Umwelt zur Kreislaufwirtschaft beschränken sich auf wenige Sätze, betreffen zum großen Teil Sachverhalte, die ohnehin EU-rechtlich umgesetzt werden müssen und lassen ambitionierte Ideen zur Bewältigung der Müllkrise und des überbordenden Ressourcenverbrauchs vermissen. Es wird auf Freiwilligkeit, Anreize und Eigenverantwortung statt Ordnungsrecht gesetzt. So wird das Abfall- und Ressourcenproblem nicht gelöst werden.
- Der zu starke Fokus auf Recycling ignoriert die ersten beiden Stufen der Abfallhierarchie Vermeidung und Wiederverwendung/Mehrweg. Chemisches Recycling soll in die Abfallhierarchie integriert werden, dabei ist die Pyrolyse und Vergasung ein verfehlter und risikobehafteter Ansatz mit geringer Materialausbeute. Das chemische Recycling konterkariert einen umweltfreundlichen Umgang mit Ressourcen, gefährdet das werkstoffliche Recycling. Das droht, Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Wiederverwendung auszuhebeln.
- Mehrweg wird als wichtigstes Instrument zur Abfallvermeidung im Verpackungsbereich mit keinem einzigen Wort erwähnt. Dabei schonen Mehrwegverpackungen nicht nur Ressourcen und das Klima, sondern sind auch Garant für mehr als 145.000 Arbeitsplätze und regionale Wirtschaftskreisläufe. Es braucht starke finanzielle Anreize zur Mehrwegförderung wie beispielsweise eine Abgabe auf Einweggetränkeverpackungen und Einweggeschirr.
- Die Sammlung von Elektrogeräten optimieren zu wollen, reicht nicht aus. Die in Deutschland etablierte Systematik der Erfassung und Quotenerfüllung ist gänzlich verfehlt und muss grundsätzlich überarbeitet werden. Mit einer Sammelquote von weniger als 30 Prozent unterschreitet Deutschland dauerhaft die gesetzlich vorgegebenen 65 Prozent. Die neue Bundesregierung muss sicherstellen, dass jeder einzelne Hersteller die gesetzliche Sammelquote von 65 Prozent erfüllt und eine

Quote zur Wiederverwendung alter Elektrogeräte festlegen. Unnütze Wegwerfprodukte wie Einweg-E-Zigaretten müssen verboten werden.

- Trotz der angekündigten Anreize zur verbesserten Rücknahme von Batterien fehlt die Festlegung eines verpflichtenden Pfandes für Lithium-Ionen-Batterien und ein Lastenausgleich als dauerhafter Anreiz für Sammelsysteme, mehr als die gesetzlich vorgegebene Batteriemenge zu erfassen. Für Lithium-Ionen-Batterien ist wegen der Brandgefahr und wertvollen Inhaltsstoffen eine zuverlässige Sammlung besonders wichtig.
- Die Förderung des Einsatzes wiederverwendeter Bauteile und Anreize zum Einsatz von Recyclingbaustoffen fehlen. Um Wiederverwendung und Recycling im Baubereich zum Standard werden zu lassen, braucht es verpflichtende Vorgaben in der öffentlichen Beschaffung und Auftragsvergabe, verpflichtende Zirkularitätskonzepte beim Neu- und Umbau sowie eine Bauteilsichtung vor dem Rückbau zur hochwertigen Rückgewinnung von Bauteilen und Materialien.

Kommunen

- Keine neuen Aufgaben, Standards und Rechtspflichten auf die Kommunen zu übertragen, ist in dieser Pauschalität nicht sinnvoll. Kommunen fordern teilweise selbst mehr Standards und Vorgaben zur Durchsetzung von Qualitätsaspekten gegenüber Dritten (z.B. Flächen sparen, Grünausstattung) im Rahmen von Planungs- und Genehmigungsprozessen.
- Eine reine Beschleunigung von Fachplanungsverfahren und Bauleitplanung führt dazu, dass Kommunen wichtige Aspekte einer qualitativen Stadtentwicklung nicht mehr rechtssicher durchsetzen können. Ein durch Beschleunigung induzierter Verzicht auf Kommunikation und Beteiligung ist weder wünschenswert noch realistisch. Mit Blick auf das Leitbild einer qualitativen Innenentwicklung muss vielmehr das BauGB systematisch novelliert werden.
- Im Zusammenhang der Ganztagsbetreuung in der Grundschule muss dafür gesorgt werden, dass Schulen und das Schulgelände zu Aufenthaltsorten werden, die Gesundheit, Bewegung und Naturerfahrung der Kinder stärken. Den Schulträgern müssen die dafür notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Lichtblicke

Energie und Wärmenetze

- Stromkostenentlastung für Haushalte (Absenkung der Stromsteuer, Senkung der Netznutzungsentgelte)
- Bundesprogramm effiziente Wärmenetze BEW (Förderung Dekarbonisierung Fernwärmenetze) soll aufgestockt und in ein eigenes Gesetz überführt werden
- Verbraucherschutz bei Wärmenetzen soll gestärkt werden – hier kommt es auf die Ausgestaltung an
- Beschleunigung Tiefengeothermie und Absicherung des Fündigkeitsrisikos
- Die Verbraucherinnen und Verbraucher stärker zu „Mitgestalten der Energiewende“ zu machen ist unter den Stichworten „Mieterstrom, Bürgerenergie, Energy Sharing“ eine positive Entwicklung. Daran muss sich die Regierung messen lassen.

Verkehr

- Bei der Bahninfrastruktur gibt es die gute Festlegung, dass die Elektrifizierung beschleunigt werden soll, keine Kosten-Nutzen-Analysen für die Elektrifizierung mehr nötig sein sollen und Mittel aus

dem KTF genutzt werden können. Außerdem gibt es eine Bekenntnis, mehr Geld nicht nur in Hauptstrecken, sondern auch in Nebenstrecken zu investieren.

Naturschutz

- Für den Ökolandbau sieht die Bundesregierung begrenzt positive Impulse vor. Ebenso will sie tiergerechtere Weidehaltung fördern und die Ausweitung der Haltungskennzeichnung für tierische Produkte im Kühlregal und in der Außer-Haus-Verpflegung voranbringen.
- Sojafutter-Importe will die Koalition zugunsten heimischer Eiweißpflanzen reduzieren. Zudem soll künftig die Entwicklung und Markteinführung alternativer Proteine gefördert werden, so werden derzeit z.B. Fleischersatzprodukte genannt.
- Prinzipiell sollen priorisierte Maßnahmen der Nationalen Wasserstrategie umgesetzt werden. Dieses Ziel ist als solches zwar begrüßenswert, jedoch bleibt durch die gewählte Formulierung offen, ob tatsächlich alle priorisierten Maßnahmen der Nationalen Wasserstrategie umgesetzt werden.
- Die Verstetigung des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz ist positiv zu bewerten, der Fokus sollte allerdings nicht allein auf Mooren liegen, sondern auch auf Auen und Wäldern. Zudem fehlen Aussagen über die Mittelausstattung.
- Die Idee, Biotopverbünde und grüne Infrastruktur auszubauen, ist positiv zu bewerten, es fehlen aber Aussagen zu Instrumenten und Verbindlichkeit.
- Die Sicherung der Gelder für Meeresnaturschutz und nachhaltige Fischerei in der Deutsche Bundesstiftung Umwelt. Es sollte jedoch explizit genannt werden, dass die im WindSeeG gesetzten Raten von je 5 Prozent Versteigerungssumme nicht reduziert werden dürfen, um zukünftigen negativen Auswirkungen auf unsere Meere entgegenwirken zu können.
- 100 Millionen Euro zusätzliche Mittel für die Beseitigung von Munitionsaltlasten

Kreislaufwirtschaft

- Die Einführung einer Herstellerverantwortung im Textilbereich ist zu begrüßen. Doch wird es darauf ankommen, die Herstellerverantwortung mit verbindlichen Umweltkriterien wie der Weiter- und Wiederverwendung sowie einem Faser-zu-Faser-Recycling zu verknüpfen.
-